



Veranstaltungsbericht:

Mitreden und Mitgestalten für alle

Bürgerbeteiligung stiller Gruppen und via Internet im Bodenseekreis und Friedrichshafen

Redaktion:

Initiative Allianz für Beteiligung e.V.
Geschäftsstelle
Königstraße 10 A
70173 Stuttgart
www.allianz-fuer-beteiligung.de



Allianz für
Beteiligung

Der Veranstaltungsbericht fasst die Veranstaltung „**Mitreden und Mitgestalten für alle – Bürgerbeteiligung stiller Gruppen und via Internet im Bodenseekreis und via Internet**“ vom 14. Mai 2014 zusammen. Die Veranstaltung wurde von der Allianz für Beteiligung, dem Landkreisnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, dem Landratsamt Bodenseekreis und der Stadt Friedrichshafen organisiert. .

1. Mitreden und Mitgestalten für alle

Im Bodenseekreis gibt es viele Projekte zum Thema Bürgerbeteiligung. Unter dem Namen "Sag's doch" betreibt etwa die Stadt Friedrichshafen ein Online-Portal für die BürgerInnen der Stadt, mit dem diese ihre Anliegen an die Verwaltung übermitteln können. Daneben steht der "Arbeitskreis Beteiligung" im Netzwerk Behindertenhilfe, mit dessen Hilfe sich Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft einbringen können. Beide Projekte konnten einen ersten Preis im Wettbewerb „Leuchttürme der Bürgerbeteiligung“ des Staatsanzeigers Baden-Württemberg gewinnen.

Gemeinsam mit der Stadt Friedrichshafen, dem Landratsamt Bodenseekreis und dem Landkreisnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement hat die Allianz für Beteiligung Interessierte aus dem Bodenseekreis und darüber hinaus zu einem gemeinsamen Workshop eingeladen, um die beiden Gewinnerprojekte näher kennenzulernen und gemeinsam zum Thema Bürgerbeteiligung zu diskutieren und sich auszutauschen.

Bürgerbeteiligung im Bodenseekreis

Bei der einleitenden Podiumsdiskussion mit der baden-württembergischen Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler, dem Landrat des Bodenseekreises Lothar Wölfe und dem Oberbürgermeister der Stadt Friedrichshafen Andreas Brand wurde diskutiert, ob die Bodenseeregion einen besonderen Umgang mit dem Thema Bürgerbeteiligung hat. „Die besondere Philosophie der Region ist eine Erfahrung eines jahrelangen Prozesses, in dem man viele Erfahrungen aus verschiedensten Projekten gesammelt hat“, so Landrat Wölfe. Über die Zeit sei so eine gesunde Vertrauensbasis zwischen den Menschen der Region und den Institutionen der Politik und Verwaltung entstanden. Man habe gelernt, dass das offene Reden miteinander bessere Ergebnisse für alle mit sich bringt. Diese Vertrauensbasis, da waren sich alle einig, ist für eine gute Beteiligungskultur und Praxis elementar. Vertrauen müsse man sich aber nicht nur erarbeiten, sondern auch erhalten. Darum sei es besonders wichtig, bei Beteiligungsprojekten aktiv auf Menschen zuzugehen und sie bei den Themen nach ihrer Meinung zu fragen, die sie auch direkt betreffen. Dies gelte natürlich erst recht für BürgerInnen und Gruppierungen, die sich tendenziell weniger einbringen. „Beim Online-Portal „Sag's doch“ der Stadt Friedrichshafen ist es schließlich auch Vertrauen gewesen, das die vorhandenen Bedenken gegenüber der Online-Plattform in der Praxis widerlegt hat“, so Oberbürgermeister Brand. Mögliche „Denunziation“ oder das „Anschwärzen“ von Menschen im Schutz der Anonymität des Internets sei ebenso wenig eingetreten wie der gläserne Mitarbeiter. Stattdessen habe man mit dem Portal nun ein Mittel an der Hand, das in der Zugänglichkeit für nahezu alle Altersgruppen geeignet sei. Die Interessen der Menschen können nun besser eingeholt und mit der politischen Agenda abgeglichen werden. Und das Portal werde rege genutzt: „Wir erhalten viele Hinweise aus der Bevölkerung, was wir in Friedrichshafen verbessern können. Ganz konkret haben wir zum Beispiel die Straßenführung der B 31 am Landratsamt verändert, was über „Sag's doch“ vorgeschlagen worden ist“, so Brand.

Wie Beteiligung im Bodenseekreis noch ganz praktisch umgesetzt wird, zeigt der Arbeitskreis Beteiligung im Netzwerk Behindertenhilfe. Hier machen Menschen mit Behinderung deutlich, wie wichtig es für sie ist, als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft wahrgenommen zu werden. Sie möchten sich als Teil der Gesellschaft an politischen Fragen beteiligen und wollen dies auch können. „Den Arbeitskreis Beteiligung haben wir jetzt seit 2011 und die Basis unserer Arbeit ist die UN-Behindertenrechtscharta. Ganz wichtig ist uns und den MitarbeiterInnen im Arbeitskreis, die Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung zu schaffen. Das geht vom privaten Bereich über Chancen im Berufsleben und auf dem Arbeitsmarkt zu gesellschaftlicher Verantwortung und Teilhabe allgemein“ so Rainer Barth, Sozialplaner im Landratsamt Bodenseekreis und dort für das Netzwerk Behindertenhilfe zuständig.

Weiterführende Informationen über „Sag’s doch“ und den Arbeitskreis Behindertenhilfe finden Sie in unserem Dokumentationsbereich zur Veranstaltung.

Um direkt miteinander ins Gespräch zu kommen, konnten sich die TeilnehmerInnen im zweiten Teil der Veranstaltung an insgesamt acht Tischen zu den Themen „Einbeziehung stiller Gruppen in Beteiligungsprojekte“, „Möglichkeiten und Potentiale der Beteiligung über das Internet“ und „Anliegen der Beteiligung in der Bodenseeregion“ austauschen. Den TeilnehmerInnen lagen beim Thema „stille Gruppen“ - einige Dinge auf dem Herzen. Die verschiedenen Diskussionstische waren sich einig in der Auffassung, dass es sich nicht um eine homogene, fassbare Gruppe handelt, sondern je nach Kontext unterschiedliche Bevölkerungsteile darunter fallen können. Trotzdem fielen immer wieder ähnliche Beschreibungen: Menschen mit Migrationshintergrund, Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Menschen in prekären Lebenssituationen. Allen Gruppen ist gemein, dass sie sich weniger stark im gesellschaftlichen Diskurs, besonders bei politischen Fragen, einbringen. Um dem entgegenzuwirken, müsse man diesen Menschen besonders gut zuhören und sie fragen, welche Themen für sie relevant sind. Gleichzeitig müsse man ihnen verdeutlichen, inwiefern sie von politischen Fragestellungen in der Region betroffen sind, denn das sei vielen so oftmals gar nicht bewusst. Um die sogenannten „stillen Gruppen“ zu erreichen, müsse zudem ein besonderer Weg der Ansprache gewählt werden. Persönliche Ansprache, zum Beispiel über eine Kontakt- und Vertrauenspersonen aus der jeweiligen Gruppe, sei dabei äußerst nützlich. Nach Einschätzung der TeilnehmerInnen ist es zudem wichtig, durch Klären von Begriffen und eine leichte Sprache darauf zu achten und die Menschen nicht schon im Vorhinein durch schwer verständliche Techniksprache oder „Beamtendeutsch“ abzuschrecken. Bei den „stillen Gruppen“ gelte natürlich das Gleiche, wie bei jedem Beteiligungsprozess: es gibt auch ein Recht auf Nichtbeteiligung, das im konkreten Fall akzeptiert werden muss¹.

¹ Weitere Informationen zum Thema „Bürgerbeteiligung und stille Gruppen“ finden Sie auch im Diskurspapier: „Zugang zu stillen Gruppen in Beteiligungsprozessen – Erfahrungen, Herausforderungen und Möglichkeiten“ auf der Homepage der Allianz für Beteiligung, Rubrik: Dokumentation

Auch an den Tischen, die sich zum Thema „Online-Beteiligung“ austauschten, wurde häufiger auf den Sprachaspekt verwiesen. Das Internet sei generell gut geeignet, um verschiedene Gruppen erreichen zu können. Nicht nur durch seine Offenheit für fast sämtliche Themen, sondern auch durch seine Unabhängigkeit gegenüber äußerer Faktoren, sei es für nahezu jeden nutzbar. Allerdings müsse darauf geachtet werden, dass eine Barrierefreiheit durch leichte Sprache und übersichtliche und einfache Bedienung gewährleistet werde. Beteiligung über das Internet ist trotz seiner vermeintlichen Universaleignung nach Einschätzung der TeilnehmerInnen aber keinesfalls ein Selbstläufer. Vielmehr müsse jeder Beteiligungsprozess moderiert werden. Denn ohne Moderation könne es passieren, dass der Prozess abgleitet, seine Ziele und Beteiligungsregeln unklar werden, oder die Beiträge unsachlich formuliert werden. Potential sehen die TeilnehmerInnen vor allem bei der Überführung der Internetbeteiligung in die regulären Strukturen. So könnten etwa Beschlussvorlagen für den Gemeinderat kommentiert oder sogar miterarbeitet werden bzw. zur Abstimmung gestellt werden. Nach Einschätzung der TeilnehmerInnen ermöglicht dies den politisch Verantwortlichen eine Überprüfung der eigenen Agenda und erhöht gleichzeitig die Akzeptanz von Ergebnissen.

In der Region selbst laufen bereits viele Projekte in Sachen Bürgerbeteiligung, dennoch sehen die TeilnehmerInnen in einigen Bereichen noch etwas „Luft nach oben“. Im Hinblick auf den demographischen Wandel wünschen sich die TeilnehmerInnen der Veranstaltung, dass ein größerer Fokus auf altersgerechte Wohnformen gelegt werden soll. So könnten bereits bestehende Kooperationen zwischen Universitäten und Altenheimen ausgebaut und institutionalisiert werden. Bei diesem Projekt unterstützen StudienInnen ältere Menschen in ihrem Alltag, im Gegenzug erhalten sie vergünstigten Wohnraum. Eine vergleichbare Kooperation wäre auch zwischen StudienInnen und Menschen mit Behinderung wünschenswert. Allgemein sollten bereits bestehenden Strukturen und Projekte der Bürgerbeteiligung in der Region durch stärkere Sichtbarmachung unterstützt werden, und auch die fachliche Hilfestellung sollte intensiviert werden. Mehr Mitspracherechte in der Region wünschen sich die TeilnehmerInnen zudem bei der Landesgartenschau, der Bundesstraße 31, dem ÖPNV und Naturschutzbelangen.